

# Arbeiterstimme

227  
 Einzelnummer 10 Pfennig  
 Bei Heftungsstellen und in Städten erhältlich



Tageszeitung der KPD. Sektion der Kommunistischen Internationale. Dresden, Sachsen  
 Verbreitungsgebiet Ostschlesien. Beilagen: Der rote Stern. Rund um den Erdball. Proletarisches Feuilleton. Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 29. September 1932 Nummer 222

## Gräßliches Hungerelend in Sachsen

Bapen-Braxis vermehrt Rot. Zunehmende Streiks, die ersten Signale siegreicher Einheitsfrontaktion

### Hungerblockade gegen das Volk

Einfuhr-Kontingentierung und ihre Wirkungen

Wir haben in diesem Jahre eine Rekord-Settebernte: nach der Schätzung des Statistischen Reichsamtes 5,2 Millionen Tonnen Weizen und 8,1 Millionen Tonnen Roggen. Was dies bedeutet, läßt ein Vergleich mit dem Vorjahr, wo die Weizenernte 4,2 Millionen Tonnen und die Roggenernte 6,68 Millionen Tonnen betrug. Die Weizenernte ist die größte, die je in Deutschland eingebracht wurde! Die Roggenernte reicht nahe an den Rekord von 1928 heran, der 8,5 Millionen betrug. Auch die Kartoffelernte und die Jadernte versprechen weit über den Durchschnitt zu liegen.

Aber trotz dieser Rekordbernte hungert das Volk! Und weil das Volk hungert, verelendet auch der Bauer.

Seit 1928 ist das Arbeitseinkommen in Deutschland um etwa 50 Prozent vermindert worden, d. h. von etwa 45 auf 23 Millionen Reichsmark. Das bedeutet, daß die Arbeiter halb soviel kaufen können und doppelt soviel verdienen und hungern müssen. Das bedeutet aber auch, daß die Bauern ihre Erzeugnisse nicht los werden, die über den Hals der Schulden geraten und infolge der Verelendung der Arbeiter immer tiefer in Not geraten.

Reichsminister von Bapen und sein Landwirtschaftsminister Brücker von Braun, der Junker von Oberwiesenthal, wollen deshalb wieder einmal die Landwirtschaft retten. Durch ihre Lohnabbauverordnung aber, die das Einkommen der Arbeiter und Angestellten abermals um rund 8 Millionen vermindern soll, treiben sie die kleinen und mittleren Bauern noch tiefer in die Not hinein, und durch die Einfuhrung der Kontingentierung werden sie ihnen nicht helfen, sondern nur das Elend der Arbeitermassen erneut vergrößern und dadurch auch die Not der Bauern noch mehr steigern.

Durch die Einfuhrung der neuen Kontingente will die Regierung die Einfuhr von ausländischen Lebensmitteln abtrotzen; es soll für jedes Land, das bisher Lebensmittel nach Deutschland importiert hat, die Einfuhr auf eine bestimmte Menge herabgedrückt werden, die etwa 40 Prozent des Durchschnitts der Jahre 1929/31 bedeutet; und zwar ist zunächst die Kontingentierung der Einfuhr von Speck, Schmalz, Schokolade, Butter, Käse, Kohn, Tomaten, Zwiebeln, Erbsen, Obst, Zitrusen vorgesehen; außerdem die Kontingentierung der Importe von Rohwolle, Wolle und Papierholz.

Mit der Einfuhrkontingentierung soll die für den deutschen Markt zur Verfügung stehende Ware verringert und durch geringeres Angebot auch die Marktpreise angehoben, der Preis erhöht aber behauptet werden. Was dies bedeutet, wollen wir an dem Beispiel des Weizens darlegen.

Am 24. September leitete in Hamburg Freilohm (alle innerhalb der Zollgrenze) der deutsche Weizenmonopol (Fortsetzung auf Seite 2)

Das die Massen aufs schwerste bedrückende Elend tritt in Sachsen in besonders trauriger Weise in Erscheinung. Das beweist sowohl die große Zahl der an den Stempelstellen Schlangendehenden hungernden Erwerbslosen, als auch das unbeschreibliche Elendelend der nach in den Betrieben beschäftigten Arbeiter. Ueber deren Lage magte unläugbar ist, daß die Interessen der sächsischen Unternehmer dienende Dresdner Anzeiger die Feststellung treffen, daß der größte Teil aller beschäftigten Arbeiter nur noch einen Wochenlohn von 12 bis höchstens 18 Mark bekommt.

Der Monatsdurchschnitt der gesamten Lohnsumme von beschäftigten Arbeitern beträgt im 2. Vierteljahr dieses Jahres 44,8 Millionen Mark gegenüber 91,8 Millionen Mark im 1. Vierteljahr und gegenüber 129,8 Millionen Mark im Monatsdurchschnitt des ganzen vergangenen Jahres 1931. 1930 wurde sogar noch ein Monatsdurchschnitt von 178,4 Millionen Mark erreicht.

In so gewaltigem Maße ist das Arbeitseinkommen der sächsischen Arbeiter in dieser Zeit zurückgegangen.

Nicht minder ist auch das Einkommen der Angestellten im Freiland Sachsen gesunken. Diese erhielten im monatlichen Durchschnitt des 2. Vierteljahres 1932 nur noch 46,3 Millionen Mark gegenüber 50,0 Millionen Mark im 1. Vierteljahr 1932 und 145,5 Millionen Mark im Monatsdurchschnitt des ganzen Jahres 1931.

Das schon in diesen Zahlen zum Ausdruck kommende Elend wird nun durch die in der Notverordnung der Regierung enthaltenen Maßnahmen noch weiter — und zwar ganz gewaltig — vergrößert. Wären durch die Lohnabbaubestimmungen mit dem monatlichen Durchschnitt des Einkommens der Arbeiter 3 Milliarden Mark gemindert. Davon entfällt eine außerordentlich beträchtliche Summe auf das sächsische Wirtschaftsgebiet, in welchem die Unternehmer ja auch bereits drauf und dran sind, die Lohnabbaubestimmungen der Bapennotverordnung in die Praxis umzusetzen.

Dieser Angriff wird ergänzt durch einen gleichzeitigen An-

## Die Streifwelle steigt!

Ausdehnung der Streiks auch in Sachsen

Wie im Reich, so hat die Verände der Unternehmer, den betrieblichen Lohnabbau durchzuführen, auch in einem ganzen Anzahl sächsischer Betriebe auf den entschlossenen Widerstand der Belegschaften gestoßen.

Wie wir schon erwähnten, steht die 573 Mann starke Belegschaft der Firma Götz, Chemnitz, im Streit. Die Verände der Firma, die Belegschaft vor „Lohnsenkung“ zu warnen und sie auf den „Kampfweg“ zu verzichten und von der Fortsetzung des Kampfes abzuhalten, hat es dem eifernden Willen der Belegschaft gegenüber. Die Arbeiter, die Freigewerkschaftler, Parteimitglieder, Unorganisierte oder KPD-Kämpfer, alle waren sich einig: Wenn die Firma ihr Lohnabbauziel nicht aufnimmt, dann werden die Werke kündigungsfrei und der Streik solange fortgesetzt, bis die Firma einlenkt und Lohnsenkung erklärt, daß sie auf jeden Lohnabbau und jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen verzichtet.

In einer Belegschaftsversammlung wurde vom D.T.B.-Kongress die Forderung einer Entschärfung eingeleitet, die nichts als ein Manöver zur Unterwerfung des Unternehmers darstellte. Diese Entschärfung wurde einstimmig abgelehnt. In einer späteren Belegschaftsversammlung sprach unter stürmischer Beifall der Belegschaft ein Vertreter der KPD.

In Chemnitz stehen außerdem die Arbeiter der Firma Jolly Frankfurt am Main-Kongress im Streit.

Im Betrieb Beholdts nachfolgend legen die Arbeiter die Arbeit nieder und legen durch, daß der Unternehmer den angekündigten Lohnabbau zurücknimmt.

Die Kammerpinnerei Lindner, Grimnitzsch, hat angekündigt, den Lohn für die 11. bis 40. Arbeitshälfte um 30 Prozent zu reduzieren. Der Belegschaft kündigte sie daraufhin hitzige Empörung.

## Massenentlassungen im Sachsentwert

Dresden, den 28. September

Im Sachsentwert Niederstößig wurde eine Teilbetriebsabteilung beantragt. 200 Arbeiter sollen ersetzt werden.

Die Massenentlassungen im Sachsentwert sind auch eine Illustration der „Arbeitsverdrängung“ durch die Notverordnung. Sie sind offensichtlich die ersten Vorbereitungen um den Streik als „praktisch“ bezeichnen zu können und einen Lohnabbau vorzubereiten. Die Belegschaft muß sich zur Wehr setzen und die Zurücknahme der Entlassungen erzwingen!

## Ausbreitung der Streikwelle

Der Streik der Weisenhofer Schichtarbeiter hat sich auf andere Betriebe ausgedehnt. Der Unternehmerverband hat nun die Notverordnung abgelehnt und etwa 1200 Arbeiter der noch nicht kündigungsfreien Betriebe mit 14 Tagen Streik angekündigt. Diese Notverordnung hat nun die Kampfentschlossenheit der Belegschaften verstärkt.

## Kommunisten, Seite 2!

Die Kommunisten sind entschlossen, für die Arbeiterkämpfe am 6. November gegen den 16. bis 20. September zu sein. Die Nationalsozialisten haben die Nummer 1, die KPD hat die Nummer 2. Die Kommunisten haben sich immer die Seite Nummer 2.

## Rüttner-Arbeiter, heraus zum Kampf!

Massendiskussionen vor dem Rüttner-Betrieb. „Kur der Streik sichert uns vor Lohnabbau“. Der Unternehmer will den Lohnabbau auf Umwegen durchführen

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Tatsache, daß die Firma Rüttner in Pirna durch Neu-einstellungen einen Lohnabbau bis zu 30 Prozent durchzuführen versucht, hat gewaltige Empörung innerhalb des Betriebes hervorgerufen und hat vor allem in den letzten Tagen zu großen Demonstrationen vor dem Fabriktor geführt.

Dieser großen Gruppe von Rüttnerarbeitern mit Erwerbslosen im eigentlichen Sinne. Die Erwerbslosen verlassen dem Rüttnerarbeitern vollste Solidarität und äußern immer wieder den entschlossenen Willen nicht zu dem von Rüttner geplanten Lohnabbau Fremdbienste für diesen Textilfabrik zu leisten. Von den Arbeitern wird immer wieder gesagt, daß jetzt nur noch der

## Das ist der Hungerlohn eines Proleten bei Rüttner, Pirna!

Name	Hausnummer	Lohnwoche in	Stunden	Brutto-Lohn	Netto				Mittelwert
					Er-Lohn nach 10%	Staat	Prüfung	Erst-10%	
X	Y	3/7	35,5	17,92	0,72	0,45		0,58	16,18

Diese Lohnhöhe ist für spätere Steuerrechnungen anzunehmen. Sofort nachzahlen! Fr. Rüttner, Aktiengesellschaft  
 Von diesem Stundenlohn sollen den Rüttnerarbeitern noch rund 30 Prozent gekürzt werden. Diesen Kürzungen entspricht es mit dem Streik zu beschleunigen.







Papens imperialistische Antwort an Herriot

Der Reichskanzler Papen hat auf die Sonnlagrede Herriots jetzt gegenüber dem Vertreter des WTB. geantwortet. Die Antwort enthält neben den bekannten Argumentationen der Papen-Regierung hier und dort einige Schärfen gegenüber Herriot, zu gleich aber ist in der Papenschen Antwort die Bereitschaft der Reichsregierung zu bemerken, ein wenig einzulassen und mit Frankreich und den anderen Mächten zu verhandeln.

Papen erklärt, von deutscher Aufrüstung, von der Herriot gesprochen hat, sei keine Rede, sondern „von deutscher Gleichberechtigung und der gleichen Behandlung Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz“. Die deutsche Regierung fordert „dieselbe Freiheit der Aussprechung der Rüstungen an die sozialen und nationalen Bedürfnisse, die jedem anderen Staate zustehe. Zum Angriff Herriots auf den Reichswahlminister Schleiher wegen des Kulturentwerfes erklärt Papen, daß diese Forderungen nicht nur der Reichsregierung, sondern die ganze Regierung erhoben hat. Die Neuherausgabe Herriots, daß die Verordnung über die Jugenderschließung die „Vorbereitung der deutschen Jugend in einer Weise, daß sie in der Lage ist, die Waffen zu tragen“, sei, beantwortet der Kanzler mit der Erklärung, daß die „sportliche Erziehung der deutschen... Jugend keinerlei militärischen Charakter trage“ und daß „in Frankreich die militärische Jugendvorbereitung im großen Maße betrieben wird“.

Der Reichskanzler sagt dann in etwas schärferem Tonart, daß die Herriot'sche Darstellung der französischen Heresien die vielen tausend schweren Geschütze, Tanks, Flugzeuge usw. verheimlicht und weil als „unverständlich“ zurück, daß Herriot Dank für die Räumung des Rheinlandes und für das angebotene Entgegenkommen hinsichtlich der Reparationsfrage verlangt. Papen hebt schließlich wiederholt den Willen, sich zu verständigen hervor und erklärt sich „nach wie vor zu jeder Lösung des Abrüstungsproblems bereit, die mit seiner Ehre und seiner Sicherheit vereinbar ist“.

Die Rede Herriots und die Antwort Papens bringt die Verurteilung der imperialistischen Gegenstände zum Ausdruck. Der deutsche Imperialismus verlor, seine in dem Abrüstungsprogramm niedergelegten Forderungen durchzusetzen, läßt jedoch dabei vor allem auf den entschiedenen Widerstand des französischen Imperialismus. Die Hoffnungen Papens auf Amerika und England erwies sich als Illusion. Der weitgehend isolierte und schwache deutsche Imperialismus betonte nach den schroffen Worten durch die Rede Papens wieder deutlich seinen Verfall. Abzugs will in Frankreich, seine Orientierung auf ein Zusammengehen mit Frankreich, dessen Spitze sich nur gegen die Sowjetunion richten kann.

Die Vorwürfe, die der deutsche wie der französische Imperialismus durch den Mund Papens und Herriots hinsichtlich der Rüstungsfrage gegeneinander richten, veranlassen sowohl das deutsche als auch das französische und internationale Proletariat, gegen die wachsende Kriegsfahre und den Imperialismus im eigenen Lande auszukämpfen.

Die deutsche Arbeiterschaft folgt dem Rufe der KPD zur Einheitsfrontaktion, in deren Manifest erklärt wird:

Nicht Militarismus und Aufrüstung führt zur Beilegung des Versailler Konflikts, sondern nur der Freikampf des werktätigen Volkes! Das Volk hungert, die Währungsfrage will Milliarden für Papierplatt und Stückgut hinauswerfen. Die Aufrüstungsanstrengungen der Papen-Regierung entsprechen den Willenswünschen der Schwerindustrie, die durch Währungsfrage und das gemeinsame Ziel eines antibolschewistischen Kriegszuges mit den Finanzoligarchen und Börsenführern der Triebmächte verbunden sind.

Aufrüstung führt zur Unterdrückung der arbeitenden Massen im eigenen Land! Wir kämpfen gegen jede Unterdrückung Deutschlands.

Wir sind die einzige Partei, die seit 1918 ohne Schwanken den unerbittlichen Kampf für die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes und gegen das Diktat von Versailles führt.

„Der größte Verrat an der englischen Arbeiterklasse seit 1926“

Ein Aufruf des Solidaritätskomitees an die streikenden Weber von Lancashire

London, 28. September. Die Gewerkschaften treffen alle Vorbereitungen, um die streikenden Weber wieder in die Betriebe hineinzusetzen, nachdem sie sie auf das höchste vermehrt haben. Dagegen hat das Streit-Solidaritätskomitee einen Aufruf an alle Arbeiter gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Die Stunde ist von höchstem Ernst in Lancashire. Die Gewerkschaftsführer haben mit den Ratgebern und Regierungsdirektoren kollaboriert, um den großen einheitlichen Streik des Baumwollwebers zu entzweien. Die Direktoren haben die Arbeiter zurückgeworfen, indem sie folgenden Bedingungen zugestimmt haben: Die 40-Stunden-Woche wird am 1. Schilling 5.5 Pence auf ein Pfund abgemindert. Die letzten Durchschneidmaschinen des Webers sind nur 31 Schilling.“

Das Mehrschichtsystem ist der Schließung unterworfen. Das bedeutet den Verrat eines dreijährigen Kampfes gegen die Methoden der Rationalisierung und der Massenentlassungen. Die Weber sind zurückgeworfen einem „unabhängigen“ Werkherrschaften.

Die Wiedereröffnung der gemehrten Weber ist überlassen dem „guten Willen“ der lokalen Unternehmerorganisationen im Laufe der nächsten zwei Monate. Das bedeutet, daß die gemehrten Männer und Frauen geschert werden sind.

Dieser Verrat ist der größte Verrat an der Arbeiterklasse seit dem Generalstreik von 1926.

Die Streikfront der Weber ist fest.

Die Spinner haben für den Streik an ihrer Seite gestimmt. Aber im Angesicht dieser herrlichen proletarischen Solidarität sind die Gewerkschaftsführer oft zu Feind Übergangen. Diese Streikbruchaktion kann und muß abgewehrt werden.

Die Führer hoffen, daß der Streikabbruch die Reihen der kämpfenden Arbeiter demoralisieren und sie zur Arbeit zurückzwingen wird. Sie rechnen auf ihren Erfolg und auf die Schwäche des unabhängigen Streikapparates. Aber der Kampf

ist noch nicht vorbei, er kann gewonnen werden. Das Solidaritätskomitee der streikenden Weber ruft die Streikführer auf:

Wahrt die Bedingungen zähnt und wehrt die Arbeit nicht auf! Wahrt die Streikfronten, die einen Kampf führen!

Fordert eine Währungsreform! Fordert sofortige Gewerkschaftsvollversammlungen, in denen ihr die lokalen Streikführer beauftragt, die den schwachen Bedingungen zu widerstehen!

Arbeiter Groß-Britanniens! Die Festschließung von einem „Frieden“ in Lancashire, ihr Wagt, was dieser „Frieden“ für euch bedeutet. Die Kapitalisten werden alle anderen Arbeiter irgendwann nach angreifen, wenn die kämpfenden Weber zurückgeschlagen werden. Was wird die Zukunft für uns alle bringen, wenn solch furchtbare Bedingungen in Lancashire verwirklicht werden?

Für Jahre hinaus würden die Kapitalisten, unterstützt durch die Gewerkschaftsführer, uns niedergebückt haben. Der Streik von Lancashire, der Erwerbholentkampf in Birkenhead und der entschlossene Kampf der Omnibusangehörigen zeigen, daß die Arbeiter bereit sind zur einheitlichen Kampflinie gegen kapitalistische Klassen.

Hungermarsch englischer Arbeitsloser

London, 28. September. Montag verließen etwa 400 hungernde Arbeitslose Glasgow zu einem Hungermarsch nach London, wo sie am 27. Oktober eintrafen wollen. Sie werden dem Parlament die Forderungen der Erwerblosen überbringen, in denen u. a. die Aufhebung der Unterstützungsbeschränkungen verlangt werden. 4000 Arbeitslose begleiteten den Hungermarsch bis an die Stadtgrenze und immer wieder erscholl der Ruf: „So leben der Kampfgeist von Birkenhead!“ Auch in Wales und in anderen Industriegebieten Groß-Britanniens bereiten sich die Erwerblosenabteilungen auf den Marsch nach London vor.

Deutschlands Jünerung in Genf

Herriot verhandelt nicht mit Neurath — Annäherungsversuche des deutschen Imperialismus

Genf, 28. September. Es ist bisher den imperialistischen Mächten noch immer nicht gelungen, zu einem Kompromiß über die deutschen Aufrüstungsforderungen zu gelangen. Neurath hat nach einmal eine Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten der Abrüstungskonferenz, Frankeisen und dem deutschen Außenminister stattgefunden. Es wird jedoch in offiziellen Mitteilungen betont, daß man zu keinem weiteren Ergebnis gekommen sei.

Die Jünerung des deutschen Imperialismus kommt bei den Besprechungen in Genf hervorragt zum Ausdruck. Herriot hat es bisher nicht abgesehen, in persönliche Verhandlungen mit dem deutschen Außenminister einzutreten. Dagegen aber hat der französische Ministerpräsident die Vertreter der Gaillonkanten Frankreichs zu sich geladen, um mit ihnen das gemeinsame Vorgehen gegenüber den deutschen Forderungen zu beraten.

Die Bemühungen des deutschen Imperialismus, nach seiner Niederlage in einem Kompromiß zu gelangen, sind unerbittlich. In welcher Form und auf welchem Gebiet Deutschlands

dieses Kompromiß mit dem französischen Imperialismus sucht, das geht aus der Stellungnahme des parlamentarischen Woffschens Telegrammendirektors zur Rede Herriots hervor. Das WTB schreibt u. a.:

„Trotzdem ist in den Ausführungen Herriots über die Schaffung einer internationalen Streikmacht noch zu sehen, daß Deutschland eine Teilnahme an einer solchen Einrichtung niemals abgesehen hat, was in sich selbstverständlich, daß sie auch tatsächlich international sein möchte. . . . Wenn Herriot in diesem Zusammenhang ein neues Friedensratum verlangt, so kann Deutschland mit einer solchen Forderung nur vollkommen einverstanden sein.“

Was es mit dieser internationalen Streikmacht auf sich hat, die vom französischen Imperialismus schon seit langem gefordert wird, das weiß jedes Kind. Es handelt sich um eine internationale Antisowjetarmee. Und der deutsche Imperialismus erklärt, daß er auf dieser Basis durchaus sei, ein Kompromiß mit Frankreich einzugehen.

Klassenbewußte Arbeiter werden Mitglied und decken ihren Bedarf im Konsumverein Vorwärts!

Nomadeng N. Tichonow

1. Fortsetzung Im Umgang mit dieser Pflanze muß man recht behutsam sein. Sieben Monate lang hatten einmal der Boden die Samen getrieben in großartigem Boden gelagert — und gingen dann pflanzlich auf. Durch jede organische Düngung hingegen, außer Chillsaltpeter, wie auch durch Wärme, wird die Gewaxia abgetötet. Ferner lebt sie noch dem Grundlag; je weniger Wasser, desto bider die Rinde — und umgekehrt. Nach Mac Callum erreicht der wild wachsende Gewaxia keine Reife zu Auszug des fünften oder gar des sechsten Jahres. Doch ist es den Amerikanern gelungen, schon gegen Ende des vierten Jahres eine reife Pflanze zu erhalten. Die Gewaxia wird mit den Wurzeln ausgegraben. Die Amerikaner haben den Plantagenbetrieb zur Höhe modernisiert und erklären, in den Südstaaten wären bereits zehn- bis fünfzigtausend Acres mit Gewaxia angebaut, mit dem Ziel, in den allerersten Jahren ein Viertel des Bedarfs der eigenen Kautschukindustrie aus der einheimischen Produktion decken zu können.

unterbrochen bereits und alle ihre uralten Verbündeten, wohl nicht ohne Folgen und Sa. es, verzeichnen. Außerdem ermöglicht es die mit Eukalyptus, Tachkent, Herbafrican geführte Korrespondenz, die in anderen Gebieten, wo man gleichfalls an dieser Industriepflanze interessiert ist, angebotenen Berichte zu verfolgen. Auf unserer Reise durch Turanien haben wir uns an sonderbare Menschen gewöhnt und an Gegenstände, von denen man im Norden, wo man überhaupt nicht recht weiß, was der Sowjetismus heutezuutage vorstellt, keine Ahnung hat. So muß man unwiderrlich gelagt werden, daß die beschriebenen Wilden Menschen in der Stille der tropischen Station, wo sie jeden Sauter der wilden Pflanze erziehen, die ihnen anvertraut ist und für die sie einreden, daß diese Männer nicht weniger Hebräer seien als der Wüstenforscher, der mit wenigen Fischen Wasser in der wasserlosen Einöde schöpft, oder als die Gewaxia, die den je demal härteren Feind jäherschlägt.

Ich denke — obwohl dieser Gedanke vom wissenschaftlichen Standpunkte aus höchlich verwerflich mag — daß beide doch, daß wir diese fremde Gewaxia so unumwiderrlich wollen, daß sie sich ohne ihre wertvollen Eigenschaften zu verlieren, in eine von Kautschukpflanze von Tachkent wie auch von Kautschukpflanze von Texas verschidene, einem gewissen Gewaxia über entsprechende Pfleger verwandelt. Vielleicht würde ich in jedem Jahre eines Abends irgendwo bei Khabab auf ein riesiges, von den grauen Eulen der Gewaxiafächer, den Spalliers jählicher Gewaxiaströme durchquerter Donk stellen; oder pur geteilt — auf den Hinterboden von Koro-Koro wie ich in einer abgelegenen Stelle, von allen verlassen, bei einigen verteilte, Verleumdung, verlässliche Gewaxiafächer vertrieben.

Der Verrat von Arpakien In Gombur vorbedeutung: Wenn ich nachts der Arbeit teilt, Streif der Gewaxia, das Gewaxia...

Der Verrat von Arpakien In Gombur vorbedeutung: Wenn ich nachts der Arbeit teilt, Streif der Gewaxia, das Gewaxia... In Gombur vorbedeutung: Wenn ich nachts der Arbeit teilt, Streif der Gewaxia, das Gewaxia...







# „Mutterchutz“ in Preußen-Deutschland

## Die Gemeinde Instrument, der Stadtrat Greifswald zur Durchführung der sozialreaktionären Offensive der herrschenden Klasse SPD-Stadträte in gleicher Front. Antwort am 13. November durch Wahl von Kommunisten!

Von Stadtvorordneter Frieda Gansauge

Eine Hausangestellte wurde infolge Schwangerschaft am 6. Juli aus ihrer Stellung entlassen, sie fand Unterschlupf bei ihrer erwerbslosen Schwester, die in Unterermiete wohnt und von ihrer Unterstützung kaum für sich sorgen kann. Die Schwangere sollte Antrag auf Schwangerschaftsurlaub bei der Krankenkasse Dresden-Stadtteil stellen, auch dort wurde abgelehnt, weil die Krankenkasse die Rechte der Mitglieder aufs äußerste beschnitten — wurde die Schwangerschaftsurlaub bei der Krankenkasse Dresden-Stadtteil gestellt, auch dort wurde abgelehnt, weil die Krankenkasse die Rechte der Mitglieder aufs äußerste beschnitten — wurde die Schwangere nicht erreicht. Es wurde Antrag auf Unterstützung beim Juristengemeinschaft gestellt, auch dort wurde abgelehnt. Also mußte sich die werdende Mutter durchhängern. Die Folge davon war, daß am 6. August eine Frühgeburt erfolgte. Das Kind wog knapp vier Pfund. Es wurde der Kinderheilanstalt übergeben, um dort mit viel Mühen und Kosten als ein neues Auszubildende in der Heilanstalt für die kapitalistische Gesellschaft herangezogen zu werden. Der Geburtenvorgang wird immer größer, mithin muß das Geborene erhalten bleiben, um im gegebenen Moment auch dieses noch wieder dem Elend und der Ausbeutung preiszugeben. Nach der Geburt stellt die erwerbslose Wöchnerin wieder einen Antrag auf Unterstützung.

Die Antwort war eine Überweisung an das Pfliegeamt Himmelsstraße 2, wo sie sich ihren Lebensunterhalt verdienen soll.

Diese Methode der Überweisung an das Pfliegeamt kommt seit als Sparmaßnahme sehr oft in Anwendung, und wer mit den dort amtierenden Damen schon in Berührung gekommen ist, kann es erkennen, was diese Maßnahme für eine Wöchnerin bedeutet. Die dortige Leiterin, Fräulein Büttcher, verleiht es der einen „vorzüglichen“ Kost, den armen hilfsbedürftigen Frauen und Mädchen, denn sogar 45jährige Frauen läßt man vom Pfliegeamt dorthin, das Leben zu erlernen. Deshalb ist es um so verständlicher, daß man Wöchnerinnen, die vor Hunger ihre Lebenskraft nicht austragen konnten, in solche Wohlstandsanstalten sendet.

Die Stadt Dresden, die eine Ausstellung nach der anderen veranstaltet, die von „Fürsorge für Mutter und Kind“ nur so klopfen, die an der Spitze der sozialen

### 57300

Was ist das für eine Zahl, so wird mancher unserer Leser fragen, wenn er sie liest. Was soll es damit? Das ist ganz einfach. Diese Anzahl von Arbeiterinnen könnten in der Großstadt Dresden, die 630 000 Einwohner zählt, an einem Tage umgebracht werden, wenn, ja wenn, die Dresdner Arbeiterorganisation nur das umsetzt, was die kleine Ortsgruppe Oberurselersdorf bei Jitzau im UB Saugen, einem Ort mit 1100 Einwohnern in anderthalb Stunde umbringt. 100 Arbeiterinnen wären das Ergebnis dieser anderthalb Stunden Arbeit.

Ungeheuer wäre unser Einkauf, wenn uns dieser Umzug in Dresden möglich wäre. Das wird jeder Genosse begreifen. Auf den ersten Hieb wird es nicht gelingen, aber

### Warum

sollte der Versuch nicht gemacht werden. Also alles an Werk. Steigert das Werbeangebot für die Arbeiterklasse.

Hilfsleistungen Hehen will, läßt Mütter- und Kinderheime schließen und überläßt hilfsbedürftige Wöchnerinnen größter Verelendung.

Dazu kommt noch, daß die Kindermutter ledigmal am Tage in der Kinderheilanstalt erscheinen muß, um dem Kinde Nahrung zu geben. Weder Arzt noch Mütterberatung sorgt für antihäufige Versorgung der Kindermutter, die noch Wöchnerin ist.

Professionelle Frauen und Mädchen, wie lange wollt ihr auch das noch gelassen lassen?!

Sorgt bei der im Herbst stattfindenden Kommunalwahl, daß ausreichender Schutz für Mutter und Kind gewährt wird, so wie es in Sowjetrußland gesichert ist. Nur in einem Arbeiterstaat kann das gesichert werden.

Am 9. März 1931 fand im Dresdner Rathaus folgender Antrag zur Beratung:

„Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, um

- a) die zeitliche Befristung der Abtreibungsparagrafen 218 und 219 bzw. 263 und 264 des StGB zu erreichen,
- b) die sofortige Ausführung der Schwangerschaftsunterbrechung in den Krankenhäusern und die sofortige Entlassung von Müttern zur Verhütung von Schwangerschaft zu gewährleisten.“

Dieser Antrag fand weder von der SPD, noch von den Nazis Unterstützung, fiel deshalb unter den Tisch und konnte nicht behandelt werden.

Weiter fand ein Antrag auf der Tagesordnung, der gegen die Schließung der Mütterberatungsstellen protestierte. Dieser lautete:

- „Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, seinen Beschluß über die Zusammenlegung der Mütterberatungsstellen, sofort wieder aufzuheben,
- b) die Pfliegeplätze für Kinder lediger Mütter nicht zu beschneiden.“

Der Antrag kam durch die SPD in den Verwaltungsausschuß. Er wurde auch dort beraten und die Sozialdemokratin brachte folgenden Gutachten:

- „Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen,
- a) die Mütterberatungsstellen sofort und die übrigen drei Beratungsstellen spätestens am 1. September 1932 wieder zu öffnen,
- b) Pfliegeplätze nur in den Häusern der eigenen Mütter zur Verfügung zu stellen, wo durch Erziehung gute Wohnverhältnisse und gute Pflege gewährleistet sind,
- c) den bisher geschlossenen Pfliegeplätzen auch der Kindermütter weiterzugeben.“

2. den Antrag der Stv. Frau Gansauge und Genossen für erledigt zu erklären. Wie der Beschluß vermittelnd wird, zeigen die ungeheuerlichen Maßnahmen, die man durchführt bei ledigen Schwangeren

und Müttern. Der sozialdemokratische Wohlfahrtsbezerger, Stadtrat Kirchhof, bent nicht an die Durchführung dieses Beschlusses.

In einer Sitzung, wo die Herabsetzung der Fürsorgehöhe durchgepeitscht wurde, hat Oberbürgermeister K 1/3 wörtlich erklärt: „Es werden in weitestgehender Weise für Alte, Kranke und Gebrechliche freie ärztliche Behandlung und Pfliegemittel gewährt. Es wird Wochenfürsorge gewährt mit 36 Mark Entbindungskosten, mit einem Wochenlohn auf 10 Wochen und mit einem Stillsitzlohn auf 12 Wochen, und es wird an jede Wöchnerin eine freie Wöchnerinnen- und Säuglingsausstattung und Wochenpfliege ohne Anrechnung auf die laufende Unterstützung gewährt.“ (Hier mußte die Tribüne geräumt werden, weil die dort anwesenden Proleten diese Propaganda vernehmbar ablehnten.) Nachhaken im Stenogramm vom 18. Januar 1932. — Die tatsächliche Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen zeigt obiges Beispiel und auch der Haushaltsplan 1932, wo an dem Konto für diese Kapitel über 50 000 Mk. eingepart werden.

### Ein notwendiger Nachtrag zur

## Geschichte der Dresdner Kommunalbetriebe

### Wie die Dresdner Straßenbahn — ein Kommunalbetrieb — von der SPD bis zur Arbeiterklasse „sozialisiert“ wurde. Die Straßenbahner antworten und wählen am 13. November nur Kommunisten

Du sitzt in einem der neuen Hochwagen der Dresdner Straßenbahn-AG, bist für 22 Pfennig einen Umsteiger beim Schaller und läufst durch die Stadt. Jede Station ruft der Schaller aus: „Altmarkt!“ — „Hauptplatz!“ Das war schon immer so. Dir fällt nichts Ungewöhnliches dabei auf. Nur der Fahrpreis ist dir zu hoch und manche Linien sind dir zu überfüllt. Das sind so einige Kränklichkeiten, die dir auffallen. Aber von dem internen Betrieb, von reformistischen Verrat an den Straßenbahner, von Entlassungen und aufreibender Arbeit des Straßenbahnerpersonals und vom Ende eines Kommunalbetriebes weißt du sicher sehr wenig.

1930. Führer, Sozialdemokrat (heute Mitglied der KPD) zweiter Dresdner Bürgermeister, leitet die Finanzpolitik der Stadt. Die SPD-Fraktion im Dresdner Rathaus unterstützt die Finanzpolitik dieses „großen“ Führer auf Lob und Tadel, und so kommt nach und nach die Pleite, die große Pleite, die einer ganzen Fraktion das Ansehen bei der Arbeiterklasse — und einen Bürgermeister kostet. (Der Bürgermeister hat es übrigens glänzend getroffen, er braucht, obwohl er nun bei den Nationalsozialisten ist, seine Politik nicht im mindesten zu ändern.)

Vor den letzten Kommunalwahlen ging die SPD bei den Dresdner Arbeitern mit den „vorbildlichen“ Dresdner Kommunalbetrieben hausieren. Ein großer Teil der Arbeiterklasse, der heute den Verrat klar sieht, wurde damals mit der SPD-Politik: „Erhalte die Kommunalbetriebe!“ eingeleitet. Wie gesagt,

### Das war vor der Gemeindevahl!

Aber nun das tollste! Fünf Tage nach der Wahl erhielten die Stadtvorordneten den bereits fertiggestellten Plan der Umwandlung der Dresdner Kommunalbetriebe in Aktiengesellschaften. Führer zeichnete diese Vorlage verantwortlich — und die ganze SPD-Fraktion fiel ihm auf, das heißt, sie brauchte gar nicht umzufallen, es lag ganz einfach in der Linie, diese dreißig kapitalistische Finanzpolitiken eines Sozialisten, der für den Sozialetat nichts übrig hatte, zu unterstützen.

Diese Maßnahme löste damals große Empörung unter der Dresdner Arbeiterklasse aus. So manches Parteibüro schloß den SPD-„Sozialisten“ im Dresdner Rathaus damals an den Kopf.

Mit der Umwandlung des Straßenbahnbetriebes in ein privatkapitalistisches Unternehmen legte eine durchgreifende kapitalistische Nationalisierung ein. Der Fahrpreis wurde erhöht. Neue Wagen wurden eingesetzt. Der Dienst des Fahrpersonals wurde immer anstrengender. Gemeindevorarbeiter wurden entlassen, und schließlich legte das Unternehmertum zu einem großen Lohnraub gegen die Gemeinbediensteten an.

### August 1931: Massenentlassungen des Straßenbahnerpersonals — Lohnraub!

Der rote Straßenbahner“ ist nicht auf allen Straßenbahnhöfen. Die Straßenbahner haben beinahe hundertprozentig hinter ihren toten Betriebsräten. Streik gegen den Lohnraub! Streik gegen Massenentlassungen! Kein Wagen darf mehr fahren!

Die Bewegung wächst den reformistischen Gewerkschaftsbänden über den Kopf. Sie laborieren die Kampfkraft der Straßenbahner, denungierten rote Betriebsräte der Polizei und tun überhaupt alles, um sich bei den Gemeinbediensteten zeiglos und

### Zurück zu Spüners Rappen...

Nach dem neuesten Ausweis des Statistischen Amtes ist auf dem Gebiete des Berufsstandes ein fortgesetzter Rückgang zu verzeichnen. Danach sank die Beförderungsziffer bei der Dresdner Straßenbahn von 379 200 im Monat Juli 1932 auf 353 100 im Monat August. Noch drastischer wird der Abbau, wenn man weiß, daß die Ziffer im August 1931 — also vor einem Jahre — noch 411 000 betrug. Die Eisenbahn benutzten von den Dresdner Bahnhöfen aus im August 1932 623 000 gegen 812 000 im August 1931. Diese Zahlen reden eine klare Sprache. Sie zeigen, daß die Beratung der Werksratigen geradezu schändliche Fortschritt macht. Die Reichsregierung trifft es natürlich nicht, denn die haben immer noch ihre Luxusanstalten, mit denen sie ihre Reichen machen können.

Zurück zu Spüners Rappen — im Zeitalter des Verkehrs! Das ist der einzige Ausweg, den der Kapitalismus den Werksratigen läßt.

### Nach 2 Krankentrassen nach der UdSSR

In diesem Jahre werden von Freund der Sowjetunion noch zwei Krankentransporte organisiert. In diesen Krankentransporten können Arbeiter der revolutionären Organisationen teilnehmen. Der Preis für diese lebenswichtige Reise beträgt:

Für Betriebsarbeiter mit einem Lohn bis 100 Mark monatlich 100 Mark; für Betriebsarbeiter mit einem Lohn über 100 Mark monatlich 150 Mark; für Angehörige und andere Bezugs 170 Mark.

Die Krankentransporte verlassen Berlin am 12. Oktober und am 12. November 1932.

Betriebsausfall bei Wöchnerinnen gibt es überhaupt nicht mehr

ist ganz eingeleitet. Aber für den Kurzer Weiber Strich sind die Mittel flüssig, dort erholen und pflegen sich Mütter, die Kindererzogen als ein Hindernis in der Erhaltung ihrer Schönheit betrachten und die eine Schwangere Hausangestellte wie einen Hund aus ihrem Haus jagen und sie dem Elend ohne Erbarmen preisgeben.

Alle Arbeiterfrauen und -mädchen kämpfen deshalb mit für Fürsorgemaßnahmen für Mutter und Kind, die mindestens die Höhe der sowjetrussischen Höhe erreichen, das ist vier Monate Schwangerschaftsurlaub bei vollem Lohn, Auszahlung eines Wochenauszahlungsbetrags bei der Geburt und von Stillsitzlohn durch neun Monate, Gewährung von Stillplätzen, Verbot der Entlassung von Schwangeren und Stillenden bis zu einem Jahre nach der Niederkunft!

Dieses zu erkämpfen ist nur möglich in antikapitalistischer Einheitsfront unter der Führung der KPD!

gründlich als Arbeiterklasse zu entlarven. Trotz der bedrohlichen Lage im Betrieb hielt es die reformistische Betriebsratfraktion nicht für notwendig, eine Betriebsversammlung einzuberufen, um zur momentanen Lage Stellung zu nehmen und sich zu rechtfertigen.

Die toten Straßenbahner organisierten eine großartige Unterschriftenaktion unter den Betriebskollegen. Über 1000 Unterschriften wurden gesammelt und die Reformisten waren gezwungen, eine Betriebsversammlung einzuberufen. Die Versammlung kam, und

die Ausführungen der Gewerkschaftsbanner, die den Streik ablehnten, wurden von den mit weit über 1000 Mann erschienenen Straßenbahner mit hochgehobten Ärmeln quittiert.

Die Reformisten räumten widerstrebend das Feld und die Versammlung wurde unter Vorhild der toten Betriebsratfraktion Gruner, Lade und Göge wurden gemahnt und nach und nach wurden etwa an die 600 Straßenbahner, die der KPD angehörten, entlassen.

Streik wurde beschlossen!

Inzwischen wurde von den Renegaten die Straßenbahnerverwaltung und die Polizei alarmiert. Rote Betriebsratfraktion wurde demontiert und durch die Polizei verhaftet. Das war die Rede der Betrüger...

### Am Streikmorgen waren alle Straßenbahnhöfe mit Polizei besetzt

Der Streik wurde im Keime erstickt. Und nun folgte der Kabelelung der Verwaltung, der von den Reformisten und von kapitalistischen Betriebsräten unterstützt wurde. Die toten Betriebsratfraktion Gruner, Lade und Göge wurden gemahnt und nach und nach wurden etwa an die 600 Straßenbahner, die der KPD angehörten, entlassen.

Gleichzeitig, und das ist begründend, wurde die Arbeiterklasse auf vier Wochen verboten!

Die Lohnräuber hatten nun auf Grund des verräterischen Treibens der Gewerkschaften leichtes Spiel. Nach und nach beschritt die Straßenbahnerverwaltung die Lebensgrundlage der Straßenbahner ganz erheblich. Die Nationalisierung wurde immer toller und die Leistungen des Fahrpersonals wurden systematisch herabgesetzt.

Aber jetzt überleben wir September 1932. Die Kollegen haben gelernt, und sie werden ihre Schlagkraft noch einmal richtig einzusetzen wissen!

Besonders haben die Straßenbahnerführer in den Wintermonaten Beizumittel. Es ist noch gar nicht so lange her, da hatten wir in Dresden einen Streik, der ganz nette Kapitalistengeschichten innerhalb der Dresdner Straßenbahnerverwaltung zur Sprache brachte. Aber weiß man bei dieser Gelegenheit, wo die Unstimmigkeiten anfangen — und wo sie aufhören?!

Die Kosten tragen natürlich wie immer die Leute des „unteren Personals“, die früher pro Woche 68—75 Mark verdiennten — und heute nur noch etwa 25 Mark!

Aber es kommt noch die Zeit, wo der Schaffner rote Situationen anspricht: „Leistung!“ — „Flug der Sowjetrepublik!“ Und wenn die Bahn am Rathaus vorbeifährt, wird der Schaffner an die „Kommunalbetriebe“ denken und an den „Sozialismus“, der mit Nazi-SPD-Führer an der Spitze — beson bemerkenswert!

Einträge sind zu richten an das Reichsamt des Bundes der Freunde der Sowjetunion, Berlin NW 7, Dorststr. 77/78.

### „War nie Mitglied der Nazis!“

Herr Kunze, Inhaber des Grünwarengeschäfts, Poppy 26, teilt uns mit, daß die Gerüchte, wonach er Mitglied der KPD sei oder Umzüge der SA in Uniform mitgemacht habe, frei erfunden sind. Er legt Wert darauf, diese Mitteilung auf diesem Wege den Arbeitern bekanntzugeben.

Wahrgenommen: Jahresbes. Im Volkspolizeiamt werden mehrere Personalausweise (Breite, Größe und Original-Kopie) verwahrt, die zum Teil bei Jahresbesuchen herbeigeführt und zum Teil im Stadtgebiet herumgeführt wurden. Wahrgenommen werden die wertigen von 11 bis 16 Uhr im Volkspolizeiamt, Zimmer 71a, werden.

### Modenschau beim Konsumverein Dortmund

Die Modenschau ist schon längst in allen größeren Kaufhäusern zur köstlichen Einrichtung geworden. Auch der Konsumverein Dortmund veranstaltete gestern eine große Modenschau. Da gab es Entleerung für junge und ältere Damen, das Besondere waren Kleider, Strickkleider, der Jahreszeit entsprechend, wenn ichs nicht, die sowohl in Stoff, wie in Farbe und Verarbeitung gefallen konnten, außerdem Modenschau zu sehen, handend billigen Preisen, sowie Modenschau. Zum Schluss wurden Kostüme für Kegel- und Tischspiel gezeigt. Was in Ordnung wurde, konnte sich schon sehen lassen. Es kann von Modenschauen des Konsumvereins erwartet, zur vollen Geltung und Wert dürfen diese Veranstaltungen beizubringen die Damen erwarten. Wer geht noch?











# RUND UM DEN ERDBALL

## Zusammenbruch der Volksgesundheit

### Zur Tagung des deutschen Ärztekongresses in Hannover

Am 23. und 24. September 1932 fand in Hannover die 29. Hauptversammlung der größten Ärzteorganisation Deutschlands, des Hartmannbundes, statt. In diesem Verband der Ärzte Deutschlands sind fast alle Ärzte mehr oder weniger zwangsmäßig organisiert. Ist doch von der Mitgliedschaft die Zulassung zu einem großen Teil der Krankenfassen abhängig.

Stellen wir uns einmal die Situation vor, in der die Ärzte in ihrer Jahreskonferenz zusammentraten: Hungerheiß 1932, Abbau aller wichtigen Zweige der Sozialversicherung, Vorkauf von Kriegsmunition. Eine Gesundheitskatastrophe von nie gekanntem Ausmaß kündet sich durch ihre Botschaft an. Schon tauchen die ersten Fälle gefährlichster Mangelkrankheiten, wie Starbuck und Pelagra, auf. Die englische Krankheit, die man schon so gut wie ausgerottet glaubte, holt sich unter der schlecht gepflegten, unterernährten Jugend der Weltstädte zahllose Opfer. Die Widerstandsfähigkeit der Jugendlichen und Erwachsenen gegen Infektionskrankheiten aller Art ist gedrohen. Lungenschwindsucht und Infektionskrankheiten raffen Tausende und aber Tausende dahin. Gerade jetzt erst ertönen die Medizinalbehörden Warnungsvorlesungen angesichts der raschen Ausbreitung der spinalen Kinderlähmung.

So ernst sind die Anzeichen des Zusammenbruchs der deutschen Volksgesundheit, so gefährlich wird der gegenwärtige Ernährungs- und Gesundheitszustand des größten Teiles der deutschen Bevölkerung angesehen, daß sogar amtliche Stellen, Kreisärzte und Medizinalräte, die doch gewiß nicht im Verdacht der Uebertreibung stehen, ihre warnende Stimme erheben. Da fordert der Ministerialdirektor im Preussischen Volkswohlfahrtsministerium Dr. Schopohl, daß sofort alles getan werden muß, um dem Zusammenbruch noch jetzt vorzubeugen, ehe es ganz zu spät ist. Da fordert der Hamburger Professor v. Tschisla als Grundlage für die Verhinderung dieser Katastrophe die Herauslösung des Lebensstandards der werktätigen Bevölkerung.

In dieser Situation trägt also der Verband deutscher Ärzte. Er erfüllt die selbstverständliche Pflicht, die die „berufenen Hüter der Volksgesundheit“ ja nun einmal haben. Er macht praktische Vorschläge wie man die Volksgesundheit heben, Seuchen und Hungerkrankheiten ausrotten könnte. Unter Hintanhaltung ihrer persönlichen Interessen erklärten die deutschen Ärzte in gewaltigen Resolutionen, daß sie alles daran setzen werden, um den Stand der Volksgesundheit in Deutschland wenigstens einigermaßen an die gegenwärtig für uns allerdings unerreichbare — Höhe der Sowjetunion anzupassen. Der Deutsche Arzt sei schon von jeder Seite erpresst worden, zunächst das Wohl der ihm anvertrauten Kranken und Gefährdeten im Auge zu haben, ehe er an seine eigene Existenz denke.

Na also, die deutschen Ärzte sind ja gar nicht so schlimm, wie sie der Wohlstandsempfänger, der Kassenpatient in der Sprechstunde kennenlernt! Ja, das wäre alles schön und gut, wenn die deutschen Ärzte einen derartigen Beschluß gefaßt haben würden!

Aber sie haben gar nicht daran gedacht. Ja, sie haben auf der hannoverschen Tagung von der Not des Volkes, von dem Tiefstand der Volksgesundheit, von den Gefahren der allernächsten Zukunft für die werktätige Jugend nicht einmal gesprochen. Oder hielt! Gesprochen haben sie doch davon, aber nur insoweit, als die wirtschaftliche Not der Allgemeinheit sich am Geldbeutel des Arztes bemerkbar macht.

Die hannoversche Tagung der deutschen Ärzte beschäftigte sich im wesentlichen mit einem einzigen Programmpunkt: wie man die Existenz des deutschen Arztstandes sicherstellen könne. Die „Schlüsselfrage für den deutschen Arztstand“ sei die Berufsüberfüllung, die einen großen Teil der Ärzte in ihrer Existenz bedrohe oder doch zum mindesten ihre Einnahmen schmälere. Hier muß Wandel geschaffen werden. Dem Andrang der Jugend zu den Hochschulen soll dadurch Einhalt geboten werden, daß jährlich nur eine bestimmte Zahl von Studenten zum Medizinstudium zugelassen wird. Die Prüfungen sollen verschärft werden. Nur noch Studenten, die sich wirklich während ihrer Studienzeit ausschließlich dem Lernen widmen können, sollen zugelassen werden. Das heißt praktisch also, daß die Werkstudenten, die Söhne und Töchter armer Eltern, die sich durch harte Nebenarbeit erst ihr Geld zum Studium verdienen müssen, in Zukunft von der akademischen Laufbahn ausgeschlossen sein sollen.

In allen Referaten und Diskussionsbemerkungen kam immer wieder das eine zum Ausdruck, daß hier unbedingt sofortiger Wandel geschaffen werden müsse, damit der ärztliche Stand, der sich bisher noch immer einigermaßen durch die Wirtschaftskrise hindurchgerungen habe, ohne nennenswerten wirtschaftlichen Schaden zu erleiden, auch in Zukunft vor derartigen Erschütterungen bewahrt bleibe.

Die Not, der Hunger, die Seuchen, die Entbehrungen, denen

ein ganzes Volk ausgesetzt ist, denen Betriebsarbeiter und Gewerbolose, Männer, Frauen und Kinder ausgeliefert sind, existieren für die deutschen Ärzte nur insoweit, als sie ihre Einnahmen schmälern. Das Wort Wittchows, daß „der Arzt der berufene Hüter der Volksgesundheit sei und an sich selbst zuallererst zu denken“ habe, dient heute den Ärzten nur noch zu einer grotesken Keßfame. Die sind Geldschlächter geworden, wie alle anderen Künste des Kapitalistischen Systems, nur mit dem Unterschied, daß sie im großen und ganzen bisher von der Wirtschaftskrise verschont geblieben sind, ein Zeichen dafür, daß die „Hüter der Volksgesundheit“ ihr Geschäft mindestens so gut verstehen wie die Unternehmer, vielleicht sogar noch besser.

Dr. med. Wilhelm Siewentz

Aus der Gorki-Nummer der A-I-Z.



Gorki

Stalin

## Erdbebentatastrophe auf dem Balkan

### Panik unter der Bevölkerung

Belgrad, 28. September. In Südserbien hat sich in der Nacht auf gestern im südöstlichen Dreieck an der jugoslawisch-bulgarisch-griechischen Dreiergrenze ein katastrophales Erdbeben ereignet. Es ist dies jenes Gebiet des Tales von Strumizza, wo sich schon im vergangenen Jahr ein folgenschweres Erdbeben ereignete.

Einzelheiten fehlen vorläufig. Nur fest ist zu ersehen, daß schon gestern vormittag um 10 Uhr ein starker Erdstoß verspürt wurde. Am Abend um 8 1/2 Uhr folgte ein sehr heftiger Erdstoß, der das ganze Gebiet erschütterte und 5 1/2 Sekunden dauerte. Die Erdbeben waren in derartigster Bewegung, daß die Häuser in ihren Grundmauern unter der Erde zusammenbrachen. Gerade aber dadurch wurden wahrscheinlich noch schlimmere Folgen verhütet. Um 10.35 Uhr und um 11 Uhr kam es noch zu zwei schwächeren Stößen.

Die Bevölkerung flüchtete, von panischem Schrecken erfüllt, aus den Häusern und verbrachte die ganze Nacht unter freiem Himmel. Die telephonische und telegraphische Verbindung ist unterbrochen, so daß über die Zahl der etwaigen Opfer noch nichts bekannt ist. Die jugoslawische Regierung hat das Erdbeben gleichfalls vermeldet und gibt dazu bekannt, daß es sich wahrscheinlich um eine neue Phase in der seismologischen Stabilisierung des Sturmrisikals handle.

Auch aus Bulgarien wird gemeldet, daß dort gestern abend um 9.21 Uhr ein hartes Erdbeben von 16 Sekunden Dauer verspürt wurde. Ueber die Folgen dieses Erdbebens fehlen noch Einzelheiten.

Die starken Erschütterungen haben sich auch in Saloniki, in Mazedonien und Thracien bemerkbar gemacht und unter den Bewohnern der betroffenen Gegenden panischen Schrecken hervorgerufen. In dem Teile Thraciens auf der Halbinsel Chalkidike hat stärkste Verwüstungen angerichtet worden.

## 120 Tote und 500 Verwundete im griechischen Erdbebengebiet

Nach neueren Nachrichten aus Saloniki hat das Erdbeben in Chalkidike 120 Tote gefordert. Die Zahl der Verwundeten wird auf 500 geschätzt. Besonders betroffen wurden die Dörfer Jerissos, Stratoni und Wra Roda. Die Bewohner wurden von panischem Schrecken ergriffen. Sanitätskolonnen und Hilfsmannschaften sind nach dem zerstörten Gebiet abgegangen. Die Erdbeben dauern noch an.

## 50 Tote und Hunderte von Verletzten in Portorico

New York, 28. September. Die Nachrichten über die Wirbelsturmkatastrophe in Portorico melden, daß bisher fünfzig Tote, Hunderte von Verletzten und Tausende von Obdachlosen festgehalten worden sind.

Es wird berichtet, daß die Dörfer im Innern des Landes völlig zerstört sind. Der Wirbelsturm ist nach West. in Richtung San Domingo weitergezogen.

## 17 Menschen in Polen verbrannt

Warschau, 28. September. In dem Städtchen Kuchel bei Breslau am Flug entstand ein Großfeuer durch das fünfunddreißig Gebäude eingestürzt wurden. Elf Bauern und sechs Kinder fanden in den Flammen den Tod.

## Ein Wahnsinniger ersticht seine Mutter

Zetteln, 28. September. Der 23jährige Kolmund Strohmayer aus Schönborn, der längere Zeit in einer Irrenanstalt verbracht hatte, wurde Samstag von seinem Vater wegen eines neuerlichen Anfalls in einem Schuppen eingesperrt. Die Mutter öffnete trotz der Warnung ihres Gatten in dessen Abwesenheit die Tür. Sofort stürzte sich der Wahnsinnige mit einem alten Bajonett, das er gefunden hatte, auf seine Mutter und stieß sie in die Brust.

Als der Vater zurückkehrte, fand der Sohn mit der blutigen Waffe neben der Leiche seiner Mutter. Zwischen Vater und Sohn entspann sich ein Ringkampf auf Leben und Tod, bis es dem Vater gelang, dem Kalenden zu überwäligen.

## Schweres Autobusunglück

In der Nähe der Ortschaft Varen stieß ein Ausflugsautobus aus Bottrop mit etwa 30 Insassen mit einem elektrischen Kleinbahnzug zusammen. Der Autobus wurde fast vollkommen zertrümmert. Zwei Personen wurden auf der Stelle getötet, ungefähr 20 verletzt. Vier von ihnen haben schwere Verletzungen erlitten.

## Im Schlaf ermordet

Gray, 28. September. In der Nacht von Samstag auf Sonntag wurde in der Gemeinde Graybach in der Unterelstermark der sechszwanzigjährige Knecht Josef Strohmayer ermordet, während er im Wirtshaus der Wirtshausbesitzerin, bei der er bedienstet war, schlief. Man fand ihn am Morgen in seinem Bett mit drei Revolverkugeln todt auf.

Der Mörder hat nach der genauen Schlags die Schiffe von außen durch ein in der Wand befindliches Loch auf den im Bett schlafenden abgegeben.

Man nimmt an, daß es sich um den Nachbarn eines Eiferjünglings handelt, weil Strohmayer auf einem am Abend vorher veranstalteten Fest Streitigkeiten mit einem Bauernburschen wegen eines Mädchens hatte. Die bisherigen Erhebungen lenken den Verdacht gegen eine bestimmte Person.

## Tragischer Unglücksfall

Berlin, 28. September. Die Eltern der 19jährigen Kantoristin Hildegard Schulenburg machten heute morgen eine graufige Entdeckung. Die Familie Schulenburg, die gestern erst eine Wohnung im Hause Bringenallee 89 in Lichterberg bezogen hat, war noch nicht mit dem Einrichten der neuen Wohnung fertig, und die Tochter Hildegard sollte in der Küche schlafen.

Kurz vor dem Schlafengehen wurde noch in der Küche auf Gas gekocht und der Gasbehälter ordnungsgemäß geschlossen. Während der Nacht muß sich wohl infolge zu starken Gasdrucks der Schlauch gelöst haben, so daß das Gas ungehindert ausströmen konnte.

Als man das junge Mädchen auffand, war es schon todt. Die Feuerwehreinheiten demütigten sich noch einige Zeit, sie ins Leben zurückzurufen, aber vergeblich. Der Unglücksfall ist um so tragischer, als die junge Kantoristin kurz vor ihrer Hochzeit stand.

## Beim Mostpressen tödlich verunglückt

Stuz, 28. September. In Wattenhofen waren die landwirtschaftlichen Arbeiter Karl Bögl und Theresia Wimer mit Mostpreßarbeiten beschäftigt. Eine Ellenlange, die sie bei der Arbeit benutzten, geriet mit der Startstromleitung in Verbindung und schlug die beiden Arbeiter nieder; sie wurden lebens aufgefunden. Wiederbelebungsvorläufe hatten bei Bögl Erfolg, bei dem Mädchen war bereits der Tod eingetreten.

## Der bulgarische Scharfrichter ermordet

Sofia, 28. September. Gestern nacht wurde in der Igeunegasse in Sofia bei einem politischen Zusammenstoß der bulgarische Scharfrichter, der Igeuneg Husein Jofara, getötet. (Jofara hatte besonders im Jahre 1925 zahlreiche Hinrichtungen vollzogen.)



## Deutscher Kraftwagen bei Amsterdam verunglückt - zwei Deutsche tot

Ein Autobus, der regelmäßig Verunglückten von Bottrop in Westfalen nach Holland durchfährt, verunglückte in Laren bei Amsterdam. Der vollbesetzte Kraftwagen fuhr an einer Wegkreuzung in voller Fahrt in eine elektrische Vorortbahn — zwei Tote und 22 Verletzte wurden aus den Trümmern des umgestürzten und fast vollständig zertrümmerten deutschen Autobus geborgen.

Verantwortlich: Klaus Gumbel, Berlin







# PROLETARISCHES FEUILLETON

## Die ersten Toten der deutschen Revolution

Am 15. September 1917, am 5. September 1917, wurden auf dem Schickplatz Wahn bei Köln die beiden Matrosen Max Reichpietlich und Edwin Kabis standrechtlich erschossen, wegen vollendeten Mordes. Das Urteil war ein Schuldspruch des Kriegesgerichts unter Vorsitz von Dr. Dohring, einem Marinekriegesrichter, der heute in Waadit noch in Amt und Würden hat. Neben einer Reihe weiterer Angeklagter wurden den beiden Matrosen revolutionäre Untertat vorgeworfen, die den Endkampf haben sollten, das „Deutsche Reich zu kürzen“. Obwohl die Verhandlung keinen Beweis für die erhobene Anschuldigung erbrachte, ließ das Gericht fünf Todesurteile, drei Matrosen — Kabis, Reber und Reders — „begnadigte“ Admiral Scherz zu 15 Jahren Zuchthaus bei Kabis und Reichpietlich bestätigte er das Urteil.

Was lag an tatsächlichen „Beweisen“ vor? Die Verpflegung in der Hochseeflotte war 1916/17 außerordentlich schlecht, während die Offiziere schleimten und offenen Nahrungsmittel aus der Mannschafstische für ihre eigene Verwendung, bekamen die Matrosen Hunger. Auf Reichpietlich hin drückte der Reichstag die Bildung von Menagemissionen. Die Mannschaften sollten ein Recht haben, die Küchen zu kontrollieren. Dieser auf dem Papier gefasste Forderung wurde vom Offizierskorps natürlich heftig bekämpft. Aber mit der Zeit wurden sich diese Menagemissionen zu Reichswehrkommissionen aus. Aus erste letzte ihnen jeder politische Charakter. Als aber in der Flotte seitens der Marineleitung Propaganda gemacht wurde für einen Siegfrieden mit weitgehenden Anzügen fremder Gebiete, nahmen einzelne Matrosen Verbindung mit der USPD und traten den Forderungen der Offiziere ihre Forderung nach einem Frieden ohne Anzügen entgegen. Sie sammelten Unterlagen für ihr Programm, forderten zum Eintritt in die USPD auf und zum Abonnement der „Leipziger Volkszeitung“, dem damaligen Organ der USPD.

Diese Menagemissionen waren der Marineleitung ein Dorn im Auge. Es sollte ihnen ein vernichtendes Schicksal beschieden werden. Mit Hilfe von verlogenen Spionberichten sammelte man „Material“ gegen sie in den Kommissionen tätigen Matrosen nach der Verhaftung der „Mordführer“ ergriffen die dem Admiralstab völlig hörigen Kriegesgerichtsräte „Schlussurteile“ von den Angeklagten, um so einen Schuldspruch zu konstruieren. Der Matrose Kabis erzählt über die Art und Weise, wie diese „Schlussurteile“ zustande kamen:

„Nachdem ich nach hier angekommen, wurde ich ohne Rücksicht auf zwei schloßliche Nächte vor dem Herrn Untersuchungsrichter geführt und meine Aussagen, die ich trotz sehr großer Müdigkeit und harter Aufregung machte, zu Protokoll genommen, das ich auch unterschrieb. An dem Tage war ich aber auch bereit, mein Todesurteil zu unterschreiben, wenn es von mir verlangt worden wäre. So gleichgültig war mir an diesem Tage das Leben.“

Der Prozeß wurde abgebrochen, obwohl sich für die Matrosen kein Verteidiger fand, der in der Kürze der Zeit in der Lage gewesen wäre, sich in die Akten einzuarbeiten. Im letzten Moment wurde der Offizialverteidiger Dr. Kellenau „befohlen“, die Rechte der Angeklagten in dem Prozeß wahrzunehmen. 24 Stunden vorher bekam er die Akten ausgehändigt, eine wohlverdiente Taktik. Gerade nach der Festsetzung der Anklage, Kriegesgerichtsrat Dr. Polch, in seiner Rede vor Gericht:

„Der Akten einer jeder Verhandlung ist immer, daß durch Ausschöpfung der Angeklagtheit die Angeklagten merken, worauf es ankommt. Genau so ist es hier gewesen.“

Als die Angeklagten um ihren Kopf kämpften, sollten sie nach einmal erfahren, wessen man sie bedroht, ein in der Rechtsprechung bis dahin wohl einzig dastehender Fall.

Wer es kam ja gar nicht darauf an, den wahren Tatbestand zu klären. Der ganze Prozeß war eine einzige Komödie. Man brauchte die Todesurteile, um damit die Mannschaften einzuschüchtern und den verhassten Menagemissionen einen tödlichen Schlag zu versetzen. Bevor es überhaupt zu einer Verhandlung kam, Tage vor dem Prozeß, schied bereits Admiral Scherz an den Kriegesminister Stein:

„Es ist nicht ausgeschlossen, daß in den nächsten Tagen aus der Hochseeflotte heraus Todesurteile zu vollstrecken sein werden. Sie würden sich aus dem Gerichtsverfahren ergeben, das gegen einige Matrosen und Seizer angestrengt ist, die sich zu einem Versuch herangehen haben, politische Agitation umflüsterischer Art in die Flotte hineinzutragen. Die Vollstreckung ist vorbereitet.“

Dem Wunsch des Admiralstabs gemäß sollte dann das Gericht fünf Todesurteile. Für zwei erteilte Admiral Scherz die Bestätigung. Die beiden Opfer Kabis und Reichpietlich wurden nach Köln transportiert. Man wußte genau, daß sich Matrosen nie dazu begeben würden, gegen ihre eigenen Kameraden zu kämpfen. Den Landsturmmännern in Köln erzählte man, die beiden Matrosen hätten an die Engländer V. Post-Scheinmüller geraten und so den Tod vieler Kameraden verursacht.

Nur den Mannschaften der Flotte hielt man die geplanten Erklärungen streng geheim, um Gegenaktionen zu verhindern. Selbst die Angehörigen lieh man über das Schicksal der beiden Verurteilten im unklaren. Wenige Tage vor der Vollstreckung schrieb Reichpietlich an seine Eltern:

„Geliebte Eltern!  
Ich hätte schon länger geschrieben, was mit mir los ist, aber ich wollte erst mein Urteil abwarten. Nun ist es ein Todesurteil geworden. Ich habe keine Hoffnung mehr und habe mit dem Leben abgeschlossen. Alles was Ihr für mich tun könnt, ist, wenn Ihr durch einen Rechtsanwalt ein Gnadenbuch macht.“

Dieser letzte Brief Reichpietlichs wurde seinen Eltern erst neun Tage nach der Urteilsvollstreckung zugehört. Das von den Eltern früher eingereichte Gnadenbuch mußte unter allen Umständen verhindert werden, vor allem aber, daß sich die Öffentlichkeit mit dem Urteil beschäftigt. Selbst nach dem sehr strengen Kriegesgesetz war ein Todesurteil nicht zu rechtsfertigen. In einem Brief an den Staatssekretär des Reichsmarineamts schreibt der Seeheld Admiralitätsrat Dr. A. E. Lisch:

„Aus den Anlagen geht hervor, daß auch der Rechtsberater des Chefs der Hochseeflotte die Todesurteile

für einen Schuldspruch hält. Der Chef der Hochseeflotte (Scherz) hat sich über dieses juristische Bedenken hinweggesetzt. Bei dieser Schlinge werden gute Ergebnisse aber dringend abgesehen, wobei den Inhalt des Rechtsgutachtens nach dem Satz aus dem Urteil gegen Reichpietlich und Kabis, der das Fortleben einer vollständigen Tat der Erregung eines Aufstandes rechtsfertigen soll, dem Reichstag mitzuteilen. Ueberhaupt dürfte es sich empfehlen, mit keinem Wort sich auf die Frage einzulassen, ob der Tatbestand des Mordes erfüllt war oder nicht. Die Marineleitung braucht sich in einem Streit hierüber, aus dem sie nicht als Siegerin hervorgehen würde, nicht einzulassen.“

Klarer kann wohl nicht bemessen werden wie hier mit den Worten eines Marinekriegesrichters, daß das Urteil und die Vollstreckung ein glatter Justizmord waren.

Man hätte die Opfer auf dem Schickplatz Wahn bei Köln zur Ruhe setzen, während die Offiziere den Tod der beiden bei Wein und Gett feierten. Am 26. August 1917 sprach das Gericht „nach bestem Willen und Gewissen“ das Todesurteil, am 2. September bestätigte bereits Admiral Scherz den Spruch und am 5. September wurde das Urteil vollstreckt. Man hätte es eilig und wollte sich die Opfer keinesfalls entgehen lassen durch Zusammenstehen anderer Instanzen.

Ueber die Urteilsvollstreckung findet sich folgende Mitteilung:

Schickplatz Wahn, den 5. September 1917.

Gegenwartig

Mar-Kriegesgerichtsrat Freil als Richter.  
Die Vollstreckung der gegen die Angeklagten Reichpietlich von S. M. S. Friedrich der Große“ und Kabis von S. M. S. „Prinzregent Luipold“ am 26. August 1917 erlassenen Todesurteile fand heute vormittag am 5. September 1917 Morgens sechs Uhr zwischen beiden Angeklagten vom Leitungsgelände Köln vermittels Autos nach Wahn überführt. Sowohl während der Fahrt als auch während der letzten Nacht war bei jedem der beiden Angeklagten ein Geistlicher seines Glaubensbekenntnisses.

Zur Strafvollstreckung war ein Detachement in Stärke einer Kompanie befehligt. Das Verfahren wurde von Major v. Mohr geleitet.  
Auf dem Schickplatz wurde den Verurteilten, während das Detachement das Gewehr präsentierte, die Urteilsformel und die Vollstreckungsorder durch den Untersuchungsrichter vorgelesen. Nachdem dann dem Geistlichen gestattet worden den Verurteilten nochmals zuzusprechen, wurden ihnen die Augen verbunden. Darauf führten sie sich in zwei Gliedern nacheinander und auf laut Schreit vor den Verurteilten aufgestellte Gemeine das Urteil auf Kommando aus, und zwar vormittags 7:05 Uhr. Per zur Teilnahme an der Vollstreckung kommandierte landsturmpflichtige Erst-Regiment stellte 7:04 Uhr den sofort eingetretenen Tod beider Verurteilten fest.“

Natürlich ist es eine Lüge, daß die Erschossenen den geistlichen Beistand angenommen hätten. Kabis konnte Reichpietlich haben dem Tod seit ins Auge gefaßt. Der Geistliche, als ein Teilnehmer der herrschenden Klasse, hielt es nicht für notwendig, Schritte zur Begnadigung der beiden Matrosen zu unternehmen und ließ dadurch „höheren Orts“ unberührt zu machen. Nach der Erziehung durch den Gefangenenspieler Schmanna an die Eltern von Reichpietlich einen Brief, in dem er die vollzogene Urteilsvollstreckung mitteilt:

„Evangelischer Garnisonpfarrer der Stellung Köln Nr. 24 den 14. September 1917.“

Sieher Herr und liebe Frau Reichpietlich!

Heute ist es mir erst möglich (neun Tage nach der Urteilsvollstreckung, d. Berl.), Ihnen mit beifolgendem

Briefe die letzten Grüße Ihres Sohnes Max zu übermitteln. Gestern ging mit der Abschiedsgruß Ihres Sohnes zu mit dem Auftrage, ihn von hier aus weiterzugeben. Das Kommando hat diesen Weg gewählt: in der Annahme, daß Ihnen dadurch in schönster Weise das tieftraurige Schicksal Ihres Sohnes mitgeteilt werden würde.

Ein letztes Wiedersehen mit Ihrem Sohne war leider unmöglich. Nun ist mir die schwere Pflicht geworden, Ihnen von der endgültigen Entscheidung über das Schicksal Ihres Sohnes Mitteilung zu machen und mir selbst ist in bezug auf Ihren Wunsch, Ihnen einige Worte des Trostes zu schreiben.

Und ich bin gewiß, Sie werden Ihres heimgegangenen Sohnes in alles verzehrender elterlicher Liebe gedenken. Schweres Leid hat Sie durch den Tod Ihres Sohnes getroffen. Wollen auch unter Gott Ihre schwer getroffenen Elternherzen still und stark machen und Ihnen die Kraft verleihen, in Demut und Geduld das Schicksal dieser Zeit zu tragen.

Wir wissen aber, daß dieser Zeit Leiden nicht von sich der Herrlichkeit, die an uns soll großentzogen werden. Nichts kann uns scheiden von der Liebe Gottes, die in Jesu Christo ist, unserm Herrn.

Die Liebe horst immer auf.

In bester Anteilnahme und treuer Fürbitte zu denki

ars. Schmanna“

Neun Tage brauchte man, bevor man sich entschloß, die unheimliche, rechtschwerdige Entscheidung den Eltern mitzuteilen. Schneller war man auf dem Schickplatz Wahn in Reich und Geld geteilten Mannschaften wurde die Urteilsvollstreckung schon in den nächsten Tagen mitgeteilt. Die Kameraden der Erschossenen hatten die Angst, aber noch war der Tag nicht gekommen, die beiden Toten zu sehen.

Durch Urlaubser Erlaubnis die Eltern Reichpietlichs von dem traurigen Schicksal ihres Sohnes Max. Der Vater konnte nicht an den Tod glauben und schrieb an das Kommando seines Sohnes:

Keuffeln, den 13. 9. 17.

An das dortige Kommando von SMS „Friedrich der Große“.  
Auf dem dortigen Schiff diene mein Sohn, der Matrose Reichpietlich aus Keuffeln. Wie derselbe uns auf zwei Postkarten mitteilte, hat er sich eines politischen Vergehens schuldig gemacht und wurde nach Köln an Rhein transportiert. Von einem hier auf Urlaub befindlichen Kameraden meines Sohnes erfahren wir nun, daß es der Mannschaft auf dem dortigen Schiff bekanntgemacht worden ist, daß mein Sohn bereits erschossen worden sei. Das dortige Kommando wird einsehen, daß wir als Eltern in großer Nummer um unseren Sohn sind, der uns sonst nie Nummer gemacht hat und früher ein braver Mensch war, und daß uns daran liegt, über sein Schicksal Näheres zu wissen. Dem dortigen Kommando erlaube ich mir daher die oben ergebene Bitte zu unterbreiten, mir möglichst umgehend mitzuteilen, welchen Vergehen mein Sohn sich schuldig gemacht hat, und ob es mirlich zutrifft, daß er zum Tode verurteilt worden und die Strafe an ihm bereits vollstreckt worden ist, wann die Vollstreckung erfolgt ist und wo er letzte Ruhestätte gefunden hat.

Hochachtungsvoll ergebend

ars. Reichpietlich

Auf diesem erschlütternden Brief des Vaters antwortete Kommando-Kriegesgerichtsrat Karauatz kurz und lauchlich:

SMS „Friedrich der Große“, den 24. Sept. 1917.

Ges. Reichpietlich

Es wird Ihnen hierdurch mitgeteilt, daß Ihr Sohn am 26. August 1917 durch Urteil des Feldgerichts wegen vollendeter feig-verratender Vorkriegsbegehung zum Tode verurteilt und daß das Urteil an ihm am 5. September 1917 in Köln am Rhein vollstreckt worden ist.

Das deutsche Proletariat hat die beiden ersten Toten der deutschen Revolution nicht vergessen. Alljährlich wandern Tausende in Köln zu den Gräbern der beiden Ermordeten und schmorn, das Werk zu vollenden, für das die beiden Toten gefallen sind.

## Auf dem Rummelplatz / Von Jack Nawrey

Die Hogenlampen leuchten matt im Nebel. Die Stimmen der Ausrufer vor dem Schaubuden vermischen zu einem nichttonenden, unverständlichen Chor. Späte Schritte treischen von der Lusthaukel der Melodien einer Drehtorgel flingen auf, ein plötzliches wieder im Park unterzugehen.

Die Gänge zwischen den Buden sind hart belebt. Arbeiter, die Hände in den Holentischen nergaben, Kleinbürger, Praktikanten, die ihre gelagelten Güter zu einem stamphalten Dackeln verziehen, junge Frauen und Mädchen. Sie drängen sich alle vor den Buden, vor den Verkaufstischen, wollen sich amüsieren, ein wenig „Glück“ erhalten — aber die arbeitsigen Großen dazu fehlen ihnen.

Etwas abseits von dem Trudel, in einer Ecke des Brettergangs steht eine Gruppe von Jungen und Mädchen im Dunkel. Entschuldigend betrachten sie das Treiben auf dem Platz.

„Alles Schief“, unterbricht plötzlich einer die Stille.  
Die anderen antworten nicht. Von der nahen Klingelampelbude ertönt die Stimme des Ausrufers: — Ein großer, blondhaariger Junge hat sich die Hande zusammen.

„Ach Kinder, es ist immer dasselbe, bei Leben. Genau anderhalb Jahre bin ich aus der Schule und noch nicht einmal hab ich richtig gearbeitet. Wißt ihr, so ne richtige Arbeit in ner Fabrik...“ Er bricht sich ab.

„Ja, wenn man Arbeit hätte, dann würde das alles aufhören. Die Vangeweile, das Nimmchen, der Hunger und zu Hause würde einem feiner ankommen.“ Ein hämmiger Burche legt bei.

Ein Mädchen mit finken schwarzen Augen fällt ihm ins Wort. „Lustig doch nicht zu Arbeit. Wir kriegen doch keine mehr. Für uns bleibt bloß Haufen oder der Strich übrig.“

Wieder Stille. Wiederumdes Gelächter ertönt dicht neben ihnen. Eine verflozene Frauenteinme strahlt lachend: „Ach, du verfluchte Sau du.“

Eine dunkle Gestalt kommt auf die Jugendlichen zu. Bewegung kommt unter sie. Zumbige Begrüßung.

„Wenig, Herbert, wann bist du denn rausgekommen?“

„Gestern nachmittag.“

„Und was machst du nun?“

Herbert sucht die Achsel. „Ich merk nich. Noch mal ein mal ich nich. Aber was bleibt einem anders übrig. Jetzt ist ja der se mit mirgekommen. Morgen hab ich nicht mehr zu frellen.“

„Du, der Willst, der arbeit jekt noch in dem Geschäft. Du secht aber plangens. Der hat hier nebenan in der Kneipe und schmeckt eine Lage nach der anderen.“

„Fis sie ihn schnappen — Wo sind eigentlich die anderen alle?“

„Jama, Klops und Woppel kommen nicht mehr her, die sind jekt bei de Kommunisten.“

„Bei uns in Kottbus laken noch Kommunisten als politisch Gefangene. Der wam bulle Jungs. Die ham mir mancher Nichter gefagt.“

„Man mühte sich mal wirklich 'n bißchen um 'sonst kummern.“ Ein Mädchen hat sich bei Herbert eingeholt. „Hört mit der Poitret auf“, meint sie, „der verdirbt den Charakter.“

„Wenn wir keine Arbeit haben, is bei noch Poitret, Maden.“

Wieder ist das Stichwort gefallen: Arbeit.

„Uhrmacher wollt ich werden“, beginnt der älteste von ihnen zu träumen, „son Uhrwerk is doch was Schönes, so laubet, s blühend. Und dann das Können, der dreht sich so schnell — s rudweise, wie ein Herz schlägt.“

„Kom Platz tönt müttes Schimpfen. Zwei sind in Streit geraten. Schlagen sich.“

Die Hogenlampen beginnen zu verfluchen, eine nach der anderen. Aus den Buden kommen die wenigen Besucher der letzten Vorstellungen. Dies Jungen und Mädchen an Joun verlassen den Platz. Dunkel und doe ist die Straße. Ein Windstoß macht sie frösteln. Sie leben hinaus zu den lahnen trüfflichen Häusern. Dann gehen sie hinein in das Dunkel — ohne Wien, ohne Ziel. Heute noch — aber bald wird wohl Herbert mit einigen anderen zu Klops und Woppel gehen.

Wannemannsches Verlagshaus, Berlin